

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger: Tageblatt Riesa.
Strasse Nr. 52.

Postleitzettel: Leipzig 21000.
Strasse Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 41.

Donnerstag, 19. Februar 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verlagspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung des Geschenks an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundschiff-Zeile (7 Silben) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; zeitungsbinder und tabellarischer Zusatz kostet gleich. Zustellungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfüllt ist, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Versicherungseinrichtungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Verlagspreises.

Die für Montag, den 23. Februar 1920, vormittags 10 Uhr anberaumte Bezirksausfertigung beginnt erst

vormittags 10 Uhr.

A. Großenhain, am 10. Februar 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Kleidungsförderung in der Woche vom 16.—22. Februar 1920.

Auf die Fleischkarte Weise P erhalten

Personen über 6 Jahre auf die Marken 1—7

aufsummen bis 100 gr.

Personen unter 6 Jahren auf die Marken 1—4

aufsummen bis 50 gr.

Corned beef

und

Auslandschweinefleisch.

Der Preis beträgt bei Corned beef 5.95, amerikan. Schweinefleisch 6.30 Mark für das ausgemogene Pfund.

Großenhain, am 18. Februar 1920.

S d V. Die Amtshauptmannschaft.

Unter den Werken von Gust. Gutmann in Lichtensee und Rud. Rommelsch in Leutewitz ist die Mädchenschule eröffnet worden.

Großenhain, am 18. Februar 1920.

587 a E. Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 394 des Handelskalenders, die Firma Gustav Grünberg in Riesa betreibt eine eingetragene Person. Der Inhaber Gustav Adolf Grünberg ist ausgeschieden. Der Kaufmann Hermann Wilhelm Winter in Riesa ist Inhaber. Er hält nicht für die im Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers; es lautet auch nicht die im Betriebe begründeten Forderungen auf ihn über. Die Firma lautet jetzt: Gustav Grünberg Nachf.

Amtshauptmannschaft Riesa, den 14. Februar 1920.

Verliefliches und Sächsisches.

Riesa, den 19. Februar 1920.

* Sitzung des Schulauschusses. Aus der gestern abgehaltenen öffentlichen Sitzung des Schulauschusses ist folgendes mitzuteilen: Der städtischen Körperwachten soll vorgeschlagen werden, zur Befestigung des Untergesetzes bei Schülern eine Meiningstelle zu schaffen und zu dieser zunächst die Mütter der mit Untergesetz befassten Kinder einzuladen. Auch soll den städtischen Körperwachten zur Erwähnung gegeben werden, zu welcher Zeit ein Brauhausbad eingerichtet. Wie die Ausprache ergab, ist die Untergesetzplane in den hierigen Schulen noch immer groß. Von einem kleinen Vehrer war nachgefragt worden, ihm die Genehmigung zum Betrieb eines anstoßenden Kurzugs für Knabenhandfertigkeitsunterricht in Leipzig zu erteilen. Der Ausdruck beinhaltete, zunächst in Riesa von bereits ausgebildeten Lehrkräften einen Kurzug in Handfertigkeitsunterricht für eine Anzahl Herren, die sich dazu melden, veranstalten zu lassen und nach deren Beendigung die Teilnahme an einem Kurzus in Leipzig auszuweiten. Einem Gefüg bedienten die Freiwilligen Rettungskräfte, ihm an einigen Abenden des Winters die Turnhalle der Albertschule zu Übungszwecken zu überlassen, wobei stattdessen — gegen die Festsitzung von Entscheidungen für die Benutzung der Turnhallen durch die Turnvereine beschloss der Ausschuss, den städtischen Körperwachten vorzuhören, von den Vereinen für Reinigung und Licht eine jährliche Bezahlung von 125 M. zu fordern u. ihnen außerdem eine möglichst günstige Behandlung der Turngeräte nahezulegen. Zur Beurteilung gelangte ferner der Entwurf eines 4. Nachtrages zur Ortschulordnung der Stadt Riesa, der durch das Übergangsabkommen die Turnhalle der Albertschule zu

neuen Überflutung in Tätigkeit treten. Die „Sächsische Volkszeitung“ berichtet hierüber: „Bei der großen Gefahr, in der sich der Vorort steht durch das Hochwasser befand — drohten doch die Hochwassermaßen über den Damm an Slaten oder diesen gar zu durchbrechen — bewährte sich die Römer „Technische Rothille“ außerordentlich. In der Stunde der höchsten Not räumen etwa 80 Rothilfser, um sofort mit frischen Kräften Hand an die be schwerlichen Erdarbeiten zu legen. Sie arbeiten die ganze Nacht hindurch und überqueren nach überzeugendem Zeugnis das Rettrungswerk um ein gutes Stück. Rechts Einwohnerhaft schuldet den wackeren „Rothilfern“ unauslöschlichen Dank!“ — Bekanntlich ist auch in Riesa eine Ortsgruppe der Technischen Rothille ins Leben gerufen worden. Meldungen werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufliegen einer Kürze gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Sächsischen Staatszeitung und dem Dresden Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirksteuervereinnahmen, sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindeworständen zu jedermann's Einsicht ausgelegt werden. Mit diesen Listen werden zugleich die in früheren Terminen ausgelosten bez. gefindigten, aber noch nicht abgesonderten Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider keine wie viele Dauerinhaber zu ihrem Schaden die Aus lösungen überleben.

* Auslösung sächsischer Staatspapiere. Am 17. d. M. hat eine abermalige Auslösung sächsischer Staatspapiere stattgefunden, von welcher die 3 jüngsten Staatspapiere-Kassencheine vom Jahre 1885 sowie erstmals die 4 jüngsten Schuldverschreibungen vom Jahre 1919 betroffen worden sind. Die Inhaber derartiger Staatspapiere werden hierauf noch besonders mit dem Hinzufliegen einer Kürze gemacht, daß die Listen der gezogenen Nummern in der Sächsischen Staatszeitung und dem Dresden Anzeiger veröffentlicht, auch bei sämtlichen Bezirksteuervereinnahmen, sowie bei allen Stadträten, Bürgermeistern und Gemeindeworständen zu jedermann's Einsicht ausgelegt werden. Mit diesen Listen werden zugleich die in früheren Terminen ausgelosten bez. gefindigten, aber noch nicht abgesonderten Nummern wieder aufgerufen, deren große Zahl leider keine wie viele Dauerinhaber zu ihrem Schaden die Aus lösungen überleben.

* Die Verwaltung der sächsischen Landessteuern. Zu besonderer beschleunigter Behandlung ist der Kreisfiskal am Mittwoch der Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung der sächsischen Landessteuern zugegangen, weil am 1. März dieses Jahres die bisherige Behördenorganisation wegfällt. Nach dem Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung und den später an dessen Stelle getretenen Bestimmungen der Reichsabgabenordnung werden ebenfalls die Reichssteuern künftig von Reichsfinanzbehörden (Finanzämtern nebst Hilfsstellen und Landesfinanzämtern) verwaltet. Bis zur Errichtung dieser Reichsbehörden gelten in Sachsen die Hauptzollämter und die Bezirksteuerverein nahmen als Finanzämter und die Generalzolldirektion sowie die Kreissteuerräte als Landesfinanzämter. Diese Amtsstellen hatten selber nicht nur Zölle und Reichssteuern, sondern auch Landesabgaben zu verwalten; den Bezirksteuer vereinnahmen und den Kreissteuerräten war die Verwaltung der Staatsbelmonsteuer, der Ergänzungsteuer, der Grundsteuer, sowie der Steuer vom Gewerbebetrieb im Um herzien übertragen, während den Hauptzollämtern und der Generalzolldirektion die Verwaltung der Stempelsteuer und der Schlachtfesteuer, sowie der Uebergangs- und Verbrauchs abgabe von Fleischwerk oblag. Nach § 19 der Reichsabgaben ordnung sind die Landesabgaben bestimmt, die Verwaltung der Landesabgaben auf die Reichsfinanzbehörden verdeutlicht. Von dieser Beschriftung hat das Reichsministerium der Finanzen gemacht und im Oktober 1919 beim Reichsministerium der Finanzen beantragt, dem oben genannten bis herigen sächsischen Amtsstellen die Verwaltung der aufgestellten Landesabgaben zu übertragen. Dem Antrag ist auch Folge geleistet worden. Inzwischen ist der Ausbau der Behörden der Reichsfinanzverwaltung weiter fortgeschritten, und es ist in nächster Zeit mit der Errichtung der Landesfinanzämter Dresden und Leipzig und der ihnen anzugleitenden Finanzämter, sowie der Finanzämter und sonst mit dem völligen Verschwinden der obengenannten bis herigen sächsischen Amtsstellen zu rechnen. Das Finanz ministerium wird bestehen, wie in der dem neuen Gesetzen vorliegenden Begründung gesagt ist, die sächsische Behörde zur Verwaltung der instande gehenden sächsischen Abgaben mit Aufnahme der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherzien nicht zur Verfügung stehen, beim Reichsministerium der Finanzen die Übertragung der Verwaltung dieser Abgaben auf die zu entrichtenden Reichsbehörden beantragt. Infolgedessen machen sich die im Gesetzen vorgegebenen geschäftsberuhenden Maßnahmen erforderlich.

* Ein Landarbeiterkrieg in der Kreis hauptmannschaft Leipzig. In den Tarifverhandlungen, die am 18. und 19. Februar in Leipzig zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Organisationen abgehandelt wurden, ist es gelungen, eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufzustellen zu bringen. Der neue Vertrag soll Gültigkeit bis 31. Juli haben, die dann notwendigen Verhandlungen sind bis zu diesem Zeitpunkt

Freitag, den 20. Februar 1920, nachm. 4 Uhr hält die hiesige Bezirkspflegerin im Kaffee Edelweiss in Neumeida einen Vortrag über Pflege und Ernährung des Säuglings.

Alle Mütter und Frauen, die sich hierfür interessieren, werden im Interesse ihrer Kinder in diesem Vortrag eingeladen. Unschlechtes freie Ausprache. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Wohlfahrtsamt Riesa.

Wir geben hiermit bekannt, daß Herr Hilfsprediger Alfred Feind zum Ratsberedtenden bestellt worden ist.

Ferner sind angestellt und in Dienst genommen worden:

Herr Stadthauptschulendochter Walter Heinrich, bisher in Töbeln, als Rechnungsbeamter,

Herr Hilfsprediger Walter Tuschku,

sowie die bisherigen Ratsberedtenden Herr Willy Strebel und Kurt Kreke als Hilfspredigeren.

Riesa, am 18. Februar 1920.

Der Rat der Stadt Riesa.

Schmn.

Die Staatsgrundsteuer

auf den 1. Termin 1920 (5 Pf. pro Einheit) ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Der Gemeinderat.

Gröba (Elbe), am 17. Februar 1920.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist umgehend an die hiesige Steuerkasse, Glümer Nr. 5, abzuführen.

Glümer Nr. 5, abzuführen.

Die Ausgabe des Riesaer Tageblatts ist

auszüglich. Der jetzige Vertrag sieht Löhnerhöhungen vor, die einer allgemeinen Erhöhung von 70 Prozent gleichkommen. Um den wirtschaftlichen Gegenläufen innerhalb der Reichshauptmannschaft gerecht zu werden, sind drei Sonderregelungen vorgesehen.

—^o **Schuhwerk für minderbedarftete Bevölkerung.** Die Mitteilungen aus dem Reichswirtschaftsministerium schreiben: "Die andauernd leidenden Haushalte und Lederpreise haben Sonderabgabung in den weitlichen Kreisen der Bevölkerung herzurichten, da die Versorgung mit Schuhwerk zu erheblichem Preis hierdurch äußerst gejährt ist. Hier regelnd eingreifen, ist Ausgabe der Reichsschuhversorgung G. m. b. H., die bereits mehrere 100.000 Paar Schuhe an die Kommunalverbände verteilt hat. Diese Schuhwaren sollen zum Preis von 60 bis 70 Pf. abgegeben werden. Es ist mit einer weiteren Zuteilung von größerer Mengen Schuhwerk in der nächsten Zeit zu rechnen. Die willige Abgabe der Schuhe wird dadurch ermöglicht, daß das Reich aus den Nebenkassen der Deutschen Feder. G. und den Erkrankten des Konjunkturgewinnabbaus für jedes Paar Schuh einen Aufschlag von rund 20 bis 40 Pf. zahlt. Der Umtausch der Notstandversorgung ist somit abhängig von der Preissteigerung auf dem Schuh- und Ledermarkt und von den Mitteln, welche dem Reich aus den Konjunkturgewinnabgaben noch zufließen.

—^o **Die Aussichten für die Erhaltung der konfessionellen Schule in Sachsen** haben sich, wie die "Sächs. Evangel. Korresp.", mittelt, unverhältnismäßig gesättigt, während die Kompatrionen für Gemeinschaftsschule merklich gelangt sind. Die Sozialdemokratie einverlebt und die Mütter des Sächsischen Lehrvereins halten unentwegt an der weltlichen Schule mit Motorunterricht fest. Unterdrückt geht die Sammlung von Unitärristen für die Erhaltung der konfessionellen Volksschule lediglich vorwärts und erzielt fast durchweg in den Gemeinden sehr günstige Ergebnisse. Bis jetzt sind über 200.000 Unterschriften abgegeben worden. Nunmehr droht sich die Überzeugung Bahn, daß für den stiftlich-religiösen Wiederaufbau unseres Volkes und eine ehrliche und nachhaltige Erziehung unserer Jugend die Konfessionschule unentbehrlich ist.

—^o **Kirche und Schule.** Man schreibt uns: "Der zu Landesverband hat in den letzten Tagen eine Notiz verbreitet, die die Besorgnis weiter Lehrer- und Elternkreise befürchtet, daß auch fernher die Volksschule in Abhängigkeit von der Kirche gehalten werden könnte. Hinsichtlich der Neuauflistung des Religionsunterrichtes schreibt der Ge. Landesprecherband, daß die Weltlichen in ihrer Mehrzahl die Rückkehr des alten Zustandes nicht herstellen könnten. Diese Neuerung besteht jedoch außerordentlich wenig. Erst vor kurzem hat in Leipzig der bekannte liberale Theologe Prof. Dr. Trebitsch das gerade Gegenteil erklärt: "Wenn wir den Religionsunterricht als plausiblens Vehikel anerkennen, so können wir auch den kirchlichen Behörden ein Aufsichtsrecht über diesen Unterricht nicht bestreiten." Den selben Standpunkt — und das ist wahrscheinlich — vertritt auch die lutherische Kirchenbehörde. Der Präsident des evang.-luth. Landeskonsistoriums brachte ihn am 8. Mai 1919 mit aller Deutlichkeit in der Sonde zum Ausdruck, als er erstaunte, daß selbstverständlich das Kirchenregiment die Möglichkeit haben müßt, sich jederzeit zu vergewissern, daß auch die vorgetragene Lehre mit dem Bekenntnis der Kirche übereinstimmt. Das ist eine Forderung, auf welche die Kirche nicht verzichten kann". Gegenüber der Veröffentlichung des Ge. Landesprecherbands muß also betont werden, daß die Kirche auch heute noch weit davon entfernt ist, in der Schule eine selbständige Verantwortung des Staates zu sehen und grundsätzlich auf jedes Mitbestimmungsrecht und alle Aufsichtsbefugnisse zu verzichten.

—^o **Schichtveränderung im sächsischen Bergbau.** Aus Leipzig wird gemeldet: Die vorbereitende Einführung einer einständigen Schichtverlängerung bewirkt demnächst den Bergarbeiterverband für das Augsburger Revier. Die Regierung will den Bergleuten hierfür neben der Geldergänzung die ständige Zuwendung von einem Allogramm Speck auf den Kopf und die Woche gewähren.

—^o **Die Wochenfeiertage.** Der Reichsausschuss der Volksschulen hat beschlossen, den Feiertagsabstand und den Frühjahrsbanktag nicht mehr als landesgesetzliche Ruhetage gelten zu lassen, zugleich aber die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf Ausführung von Arbeitertagen hinzuwirken. Für den diesjährigen Frühjahrsbanktag gilt der Beschluss, der noch der Bestätigung durch die Volksaufsicht bedarf, noch nicht.

—^o **Heeresamt für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.** Das Reichsministerium hat eine vorzugsweise Belieferung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mit Heeresamt angeordnet. Darauf werden an diese demnächst Web-, Wirtl- und Strickwaren, Schuhwaren, Handwerkzeug und anderes Heeresgut zur Verteilung kommen können, soweit dies die schon sehr gefährdeten Heeresquittstände überbaut zu lassen. Die Abnahme darf von jetzt ab nur noch durch die amtlichen Fürsorgestellen in Sachsen das Landesamt für Kriegerfürsorge) erfolgen. Dem Landesamt ist nun erstmalig ein großer Kosten Web-, Wirtl- und Strickwaren zugewiesen worden, der mit Hilfe einer Verteilungsstelle, und zwar der Fleißerverwertungsstelle Dresden-N. an die Vereinigungen weitergeleitet und von diesen an ihre Mitglieder abgegeben werden soll. Sowohl Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene der nachstehenden Vereinigungen: Fleißbund, Einheitsverband, Centralverband einschließlich des Landesverbandes der Kriegshinterbliebenen, Sächsischer Militärvereinsbund, Deutscher Offiziersbund, Internationaler Bund, Kameradschaftsbund angehören, wollen sie sich an diese, und zwar an ihre Ortsgruppen wegen der Zuweisung der jetzt zur Verteilung kommenden Web-, Wirtl- und Strickwaren wenden. Die Ortsgruppen geben die Anmeldungen an ihren Landesverband weiter, da grundsätzlich nur die Landesverbände beliefern werden und es diesen überlassen werden muss, den Bedarf ihrer Ortsgruppen usw. auf Grund eines aufzustellenden Verteilungskatalogs zu decken. Es ist dabei zwecklos, wenn einzelne Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene oder Ortsgruppen der einzelnen Verbände noch Besuch an das Landesamt richten. Das Landesamt hat die ihm bereits früher überlandten Besuche an die zuständigen Vereinigungen weitergeleitet. Soweit die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebene nicht einer der vorstehend aufgeführten Vereinigungen angehören, wollen sie sich durch ihre Bezirks- und Kreisämter an die Dresden Kreisverwaltung, Denkmarske, wenden, denen das Landesamt ihre anteilige Versorgung übertragen hat. Die erworbenen Sachen dürfen nur zum persönlichen Bedarf der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen dienen, auf keinen Fall von den mit der Verteilung beauftragten Stellen weiter veräußert, insbesondere verschoben werden. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmungen kann eine weitere bevorzugte Belieferung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eingestellt werden. Nicht minder würde es der Sache der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen schaden, wenn von einzelnen Personen ver sucht werden sollte, sie nicht nur durch ihre Vereinigung beliefern zu lassen, sondern ihren Bedarf außerdem noch bei ihren Bezirks- und Kreisämtern unter Berücksichtigung der Tatsache, daß sie einer Vereinigung angehören, anzumelden.

* **Röderau.** Auf vielseitigen Wunsch veranstaltet der hiesige Fechtverein zum Besten seiner Freienkolonie, an welcher schwere bedürftige Kinder von Röderau, Moritz und Kroning teilnehmen sollen, Sonntag, den 21. und Sonntag, den 22. d. M. im Brauerei-Restaurant ein Seiden-Schatzspiel.

* **Glaubitz.** Der Wohltätigkeitsverein "Glaubitz-Gesellschaft" veranstaltet Sonntag, den 22. Februar, im hiesigen Gasthofe "Drei Lilien" einen Fastnachtsball mit Übertragung, worauf hiermit nochmals hingewiesen wird. Um letzten Weihnachtsehre könnten 250 M. Unterstützung an dieses Ortsarme und ehemalige Kriegsgefangene ausgeteilt werden. Es ist daher zu wünschen, daß der Besuch der Veranstaltungen des genannten Vereins ein recht rege sein möge.

Großenhain. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht in das hiesige Kaufhaus Notting verübt. Nach Feststellung eines großen Schadens und der Rückwand des Ausstellungsräumes gelangten die Einbrecher in den Laden, aus dem sie sämtliche Schilderstücke raubten. Es sind Schilderstücke von sehr beträchtlichen Werten gestohlen worden. Eine sofort durch einen Polizeibund aufgenommene Spur führt bis zum Waldhof Rotes Haus. Aus dem Schaukasten haben die Diebe nichts weggenommen, nur auf die Seite hatten sie es abgelehnt. **Wieschenberg** bei Moritzburg. In der Nacht zum Dienstag wurde hier ein Einbruch in die Kirche verübt und viel wertvolles, 65 Centimeter hohe Altarleuchter, die aus dem Jahre 1690 stammen, zwei Glasmäler, neuerdings mit dem Dresdner Stadtelchen, sowie das Kreuzig aus Schwere Holz, mit vergoldetem Christuskörper geraubt. Von dem Täter hat man noch keine Spur.

Wöhrden. Eine Demonstration gegen die Verkürzung der Proliferation führte am Sonnabend mittag einen Teil der hiesigen Arbeiterschaft vor das Rathaus. Bürgermeister Dr. Wild erläuterte die augenblickliche Lage dahin, daß die Reichsregierung für das ganze deutsche Reichsgebiet die Verkürzung der Proliferation habe anordnen müssen, weil eben die vorhandenen Vorräte nicht ausreichen. Es handelt sich also nicht um eine einzige Maßnahme des Kommunalverbandes Döbeln. Eine aus der Menge gewählte Kommission wird in Gemeinschaft mit dem Bürgermeister Dr. Wild der Reichshauptmannschaft die Wünsche der Wöhrdener Einwohnerschaft vortragen. Dann ging die Menge in Ruhe und ohne Auseinandersetzung auseinander.

Dresden. Am Mittwoch nachmittags nach 2 Uhr stand auf dem Reichsbahnhof an der Harkortstraße ein mit Stroh beladener Güterbahnhof in hellen Flammen. Daß die Umgebung äußerst gefährlich brannte war durch Funkenflug entstanden und mußte mit vier Löschern energisch bekämpft werden.

Dresden. Montag abend fuhr ein mit zwei französischen Offizieren besetztes Automobil der Dresdner Entente-Kommission, als es in eine Straße ein bog, einen jungen Mann an, der unter die Nüsse kam und einen Schenkelbruch erlitt. Durch diesen Vorfall angelockt, hasteten Passanten nahmen eine drohende Haltung gegen die Insassen des Automobils ein. Die Polizei berührte jedoch bald die aufgezogene Menge und brachte die Offiziere in Sicherheit. Der Fahrer des Automobils soll, falls er am Unglück schuld trug, bestraft werden. Von amtlicher Seite wird folgende Darstellung des Vorfalls gegeben: Zwei Kraftwagen der Entente-Kommission fuhren in der Nähe des Blockhauses mehrere Minuten an. Die Menge nahm darauf eine drohende Haltung gegen die Kraftwagenführer ein, wobei es zu Tötlichkeiten kam. Die nähere Untersuchung über den Vorfall ist eingeleitet. — Die Gruppe tritt in Dresden noch immer hier und da auf, ihr Umfang ist jedoch nicht bedeutlich, dagegen verlaufen einzelne Fälle sehr schwer und manchmal tödlich. Bei der Ortsfrankenkasse macht sich noch ein leichter Anstieg der Krankenfälle bemerkbar, an frühere Grippeepidemien reichen dieahlen aber noch lange nicht heran. Auch in den Schulen usw. ist noch keine Störung durch die Grippe zu verzeichnen.

Wilschweida. Dem Streik der Glasbläserarbeiter haben sich die Arbeiter der Glashütten in Bernsdorf (Oberl.) und Kamenz angegeschlossen. Wie bereits berichtet, handelt es sich um eine gemeinsame Bewegung der Arbeiterschaft in den Weißgläserfabriken Sachsen. Wegen der Förderung einer neuen Teuerungszulage konnte es zu einer Einigung bisher nicht kommen.

Werdau. Die Stadtverwaltung hat die Gastwirtschaften "Zur Weintraube", "Zur Börse", "Zur Sonne" und "Zur Reisdecke" aufgelöst, um Austräume neuer Bewohner in die Grundstücke zu legen. Auch sonst sind hier eine größere Anzahl von Gasthäusern und Gastwirtschaften in anderen Bezirk übergegangen.

Langenbogen bei Werdau. Ein Schadenfeuer, dem leider auch ein Menschenleben zum Opfer fiel, zerstörte am Sonnabend abends das Wohngebäude des Gutsbesitzers Mag. Hans im Unterdorf vollständig ein. Es war mit einer Gattin zu einem Vereinsvergnügen gegangen, während zwei erwachsene Söhne, die Magd und eine alte Großmutter im Erdgeschoss des Wohngebäudes, und sechs Kinder im Alter von 14 Jahren bis 3 Wochen in der Schlaucht des Obergeschosses zurückgeblieben waren. Der unglückliche, aller Lebewesen trogenbare Haltung des zur Hölle herabgestoßenen Schuermanns Hoffmann gelang es, die sechs Kinder teils durch das Fenster, teils über die verqualmte Treppe in Sicherheit zu bringen. Zwei verbrannte Kerze und mehrere Samariter kehrten an den geretteten Kindern sofort wiederbelebungsvorläufe an, die in fünf Fällen auch von Erfolg geprägt wurden. Nur die neunjährige Marika war tot.

Leipzig. Von der Wohlfahrtspolizei wurden innerhalb der letzten 14 Tage u. a. an Schleicherbands- und Schieberwaren beschlagnahmt: 5380 Kilogramm Mehl, 434 Kilogramm Getreide, 288 Kilogramm Brotwaren, 676 Kilogramm Speck, 550 Kilogramm Fleisch, zwei lebende Schweine, 1175 weise Brötchen, 108 Kilogramm Zucker, 58 Zentner Kartoffeln, 45 Liter Spirituosen, 458 Stückchen Butter, 790 Kilogramm Käsesubstanz, 15 Kilogramm Salz, 270 Liter Brot- und Speisefett, 104 Kilogramm Käse, 2 Zentner und 57 Tafeln Schokolade, 45 Kilogramm Margarine, 110 Kilogramm Tabakwaren, 740 Kilogramm Seife, 78 Zentner Belebensmittel, 221 Pakete mit Streichholz, diverse chirurgische Instrumente, drei Stück Silberbarren, sowie eine größere Anzahl Gold-, Silber- und Münzen, desgleichen Platin, Gold- und Silberwaren im Wert von ungefähr 50000 Mark. Die Waren sind, soweit angegangen, den zuständigen Stellen zur allgemeinen Verwertung überwiesen worden. — Wie die "Leipziger Presse" von maßgebender Stelle erfährt, darf die "Unabhängige Leipziger Volkszeitung" vom 24. Februar ab wieder erscheinen.

Sitzung der sächsischen Volkskammer.

Die Beratung des 2. Nachtrages zum Staatshaushaltplan wird auf Wunsch der Regierung abgezögert.

Uhr. Glechner (Unabh.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf:

Aufhebung der Zeitungsbefreiung und der Schenkab.

Den Antrag zu dem Antrag habe das ungeheure rigorose Verbot der "Leipziger Volkszeitung" gegeben, die nun schon fünf Wochen verboten sei. Die Begründung des Verbotes habe hervor, die "Leipz. Volksztg." habe verschiedene Bevölkerungskreise gegeneinander aufgezeigt. Die Aufhebung werde aber von den Blättern der Freiheit viel häufiger betrieben, ohne daß man dagegen einschreite. Ministerpräsident Dr. Grabmauer habe in einer Ansprache gegenüber einem Pressevertreter seine Meinung dahin ausgesprochen, daß die Auslieferung seiner Überzeugung widerstreite und er aus ihrer Durchführung die Konsequenzen ziehen werde. Man wolle also den Friedensvertrag garnicht durchführen. Um solche Feststellungen müssen würden ihre Zeitungen verboten. Man wolle sie eben wirtschaftlich austun lassen. Die

Schungabtwerbe ebenfalls jetzt scharfer gehandhabt als früher. So habe man den Nebenkosten Buchta in Schungabt genommen, weil er der intellektuelle Urheber des 24. Februar Generalstreiks in Blauen (sogenannte Einmarsch der Reichswehr) ist. Kein Fehler verdirbt die Aufforderung zum Streik. Selbst in der Wilhelmianischen Zeit sei das unbekümmert gewesen. Die jetzige Praxis sei die reine Vollmilitärfür. Dabe dem die lokalen Regierungen gegenüber dem General-Märkte kein Recht!

Ministerpräsident Dr. Grabmauer: Die Unabhängigen haben sich mit ihrem ganzen Verhalten außerhalb der Gleisbereitstellung der Partei getestet. Die Partei habe einen neuen Standpunkt eingenommen; sie wolle ein System errichten, in dem die Geschäftigung nicht durch Gleisbereitstellung aller Bürger ausgedeutet wird, sondern durch die Bereitschaft einer kleinen Gruppe, deren Kampfmittel Gewaltaktionen der Straße und politische Generalstreiks sind. Wenn die Unabhängigen so weiter wirtschaften, geht Deutschland ganz zugrunde. Die Regierung bedauert diese Maßnahmen sehr und würde sich freuen, wenn sie bald als möglich aufgehoben werden könnten. Die ganze Frage gehört aber gar nicht hierher, sondern vor die Nationalversammlung, denn der Belagerungskampf ist Sache der Reichsregierung und ihrer Organe. Der Ministerpräsident geht dann auf Einzelheiten ein; die Dresdner Unabhängigen Politisierung erscheint bereits wieder, das Verbot der vogtländischen läuft morgen ab und bezüglich der Lsg. Volksztg. sei eine Vereinbarung getroffen worden, nach der sie bald wieder erscheinen werde. Die Kritik der Unabhängigen Presse an der Haltung der Regierung in der Auslieferungsfrage sei enttäuschend gewesen, als die der Entente selbst sie nicht begreift, daß ein Mensch mit gewissem Verstand sich darüber aufregt, wenn in seinem Hause Volksgenossen, die sich Reichswehr nennen, einzeln. (Vorwürfe: Aufruhr der Unabh. Präsident Grabmauer bezeichnet die Wollkrenze des Abg. Tübingen als ungebührliche Widerprüche.) In Falkenstein waren Verbündete eingerissen, die es nötig machten, dort einmal wieder das Ansehen des Staates zu wahren. Einem Beweis für den Terror der unabhängigen Streikpolitiker gelte deren Verhalten in den Kohlentrieben. Bei dem Generalstreik in Blauen sei es auch nicht so ruhig vergangen, wie es der Abg. Glechner darstellt habe. Die Schuharbeiter seien der Regierung sehr unangenehm; wenn jedoch die Verbote und die Schuharbeiter erreichten, daß die Betriebsen lernen, sich in die Wege des demokratischen Staates einzuleben, dann hätten sie doch mindestens einen guten Erfolg gehabt.

Uhr. Günther (Dem.) stellt an Hand der Erklärungen der mehrheitssozialistischen Mitglieder des Blauener Stadtvorstandes eine Folgeklage ein, daß das Blauener Gewerkschaftsamt einen Beschluß zum Generalstreik entgegen der Anlage des Abg. Glechner nicht gefaßt hat. Man sei zwar in Blauen von dem Einmarsch der Reichswehr überwältigt gewesen. Die Stimmung ist aber inzwischen sehr zu Gunsten der Truppen umgeschlagen.

Bürgerpräsident Böhndl (Unabh.) fragt an, wann die vom Ministerpräsidenten Dr. Grabmauer in Aussicht gestellte Freigabe der Lsg. Volksztg. eintreten werde. Nach einem Schlußwort des Abg. Glechner wird auf der Tribüne gestattet. Präsident Grabmauer verweilt in erregten Worten darauf, daß die Demonstrationen von der Tribune von anscheinend bestellten Leuten, die immer dieselben seien, in letzter Zeit sehr zunähmen. Wenn das noch einmal vorkomme, lasse er die Tribune schließen.

Zur Abstimmung wird der Antrag Glechners, die 1. und 2. Beratung des Antrages zu verbinden, mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag auf Überweisung des Antrages an den Reichsausschuss wird einstimmig angenommen.

Zur Begründung der Interpellation des Abg. Bühning und Genossen (Unabh.) auf Abänderung des Generalsatzungsschlusses erhält Abg. Bühning das Wort. Die Gleichstellung der Erd- und Feuerbestattung sei endlich an der Zeit. Die Regierung habe schon vor 7 Jahren einen Gesetzentwurf in diesem Sinne in Aussicht gestellt, der heute noch nicht vorgelegt worden ist. Aufschluß wolle man warten, was in Breußen geschieht, wo Begräbnis-Zentrale ist.

Uhr. Rat Dr. Bredeins erklärt, daß es die Regierung bezüglich eines solchen Sehenswertwurdes für zweckmäßig halte, sich mit der dreiköpfigen Regierung ins Einvernehmen zu setzen. Wenn die Volkszammer jedoch die sofortige Vorlage wünsche, werde sie erfolgen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 19. Februar, mittags 1 Uhr.

Tagesordnung: Wahlen zum parlamentarischen Lebensmittelbeirat. Wiedereinschreibung für 1916/17.

Die Reichsschulkonferenz.

Mit den Vorarbeiten für die Reichsschulkonferenz ist scheinbar vom Reichsschulausschuß ein engerer Austausch betraten worden, der aus Mitgliedern des Reichsministeriums des Innern und des Preußischen Kultusministeriums besteht. Diesem Austausch lag vor allen Dingen die schwierige Aufgabe ob, die Teilnehmer an der Reichsschulkonferenz zu bestimmen und zu diesem Zweck eine Aussicht aus den zahlreich eingelassenen Meldungen zu treffen. Da auch nach Ablauf bis 81. Dezember 1919 ausgedehnte Anmeldezeit noch begründete Bewerbungen eingingen, konnten die abschließenden Beratungen erst in diesen Tagen stattfinden. Den Vereinen und den Körperschaften, denen Sitz auf der Reichsschulkonferenz eingeräumt wurden, wird demnächst eine Mitteilung über die Zahl der ihnen zur Verfügung gestellte Plätze zugehen. Es steht ihnen frei, selber die von ihnen zu entlassenden Vertreterlichkeiten zu benennen. Außerdem wird das Reich von sich noch eine Anzahl von Einzelvereinen zur Reichsschulkonferenz einberufen. Insgesamt wird sich die Teilnehmerzahl auf ungefähr 400 belaufen.

Die Verhandlungen beginnen am Mittwoch, den 7. April, und dauern bis zum Sonnabend, den 17. April. Für diese Zeit hat der Präsident der Nationalversammlung in dankenswerter Weise die Räume des Reichstages zur Verfügung gestellt.

An den ersten vier Tagen finden Sitzungen statt, in denen die drei umfassenden Gegenstände der Tagesordnung zur Erledigung gelangen (Einheitsschule, Arbeitschule, Lehrerbildungsfragen). Die folgenden Tage werden für Abschlußberatungen zur Verfügung gestellt und zwar sowohl für weitere Beratung der in den Sitzungen verhandelten Gegenstände, als auch zur Beratung der übrigen Gegenstände der Tagesordnung (Schüler, Eltern, technische Vereinslebenswelt, Schulverwaltung, Privatschulwesen). Die letzten drei Tage sind wieder für Sitzungen bestimmt, in denen die Berichte aus den Ausschüssen entgegengenommen werden sollen.

Zur Erledigung der zahlreichen konträren Aufgaben und der gesetzlichen Pflichten, die mit einer derartigen Tagesordnung verbunden sind, ist vom Reichsministerium des Innern die Gründung eines Ordnungsschusses in die Wege geleitet worden, in dem die wichtigsten und größten der in Betracht kommenden Organisationen vertreten sind.

Tagesgeschichte.

Deutsche Ried. Amerikanische Kohle in Deutschland. Die erste Ladung amerikanischer Kohlen im Umfang von 6840 Tonnen ist in Deutschland eingetroffen und Wälzerwerben zur Verhüttung gestellt worden. Zur Abdeckung der Rohrlochschäden

seit die Hälfte der mit Ihnen eingeschlossenen Blätter zur Ausfuhr gelangen. Die andere Hälfte bleibt im Inland und kommt dem inländischen Bedarf genügt. Verhandlungen über die Ausfuhr weiterer 10000 Tonnen zum gleichen Zwecke und unter gleichen Bedingungen sind in der Schwere.

Ein neuer Einigungsverein der Sozialisten. Vor einigen Tagen hat in Henningsburg die Bildung einer neuen sozialistischen Partei stattgefunden. Es waren anwesend 98 Ortsvereine der Wehrbevölkerung, 24 der Unabhängigen, vier Gewerkschaftsräte und zwei Vertreter der kommunistischen Partei. Von diesen haben im Auftrag ihrer Ortsvereine 90 der S. D. P. und 17 der U. G. C. den sofortigen Uebertritt zu der neuen Partei erklärt, während die übrigen Vertreter sich völlig auf den Boden der Neugründung stellten, aber kein Mandat hatten, den Uebertritt zu vollziehen. Nach dem angenommenen Parteiprogramm seien folgende Stellen wiedergegeben: Die weitlich-sosialistische Einheits- und Arbeitskasse mit Unentbehrlichkeit aller Erziehungs- und Lehrmittel, Schaffung einer wirklichen Volkswohl, Trennung von Kirche und Staat, sozialistische Steuerpolitik durch hohenste fortwährende Einkommens-, Vermögens- und Erdachtsteuern, Abschaffung aller indirekten Steuern, Soße und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, Ablehnung jeder Koalition mit bürgerlichen Parteien. Im wirtschaftlichen Teil des Programms wird die sofortige Vergleichung aller Produktionsmittel auf genossenschaftlicher Grundlage befürwortet, landesweit als Vorstufe der Sozialisierung gefordert. Wie die Parteileitung mitteilt, stehen hinter den corporativen übergetretenen Ortsvereinen 9000 Mitglieder, ferner die gesamten bayerischen Landarbeiter. Auf den thüringischen Staaten, Hannover, Oldenburg, einigen sächsischen Wahlkreisen, den beiden Mecklenburg und Vorpommern und Ostpreußen erklären sich die Vertreter für die Neugründung und wollen den Uebertritt ihrer Vereinigungen zu der neuen Partei fundgesehen.

Gießenfahrt. In einer Befreiung, die für alle im Reichswirtschaftsministerium mit Vertretern der Behörden und der Interessenten stattfand, machte Ministerialdirektor Dr. Hinrichs einige Mitteilungen über den Stand der Gießenfahrt. Während im Frieden jährlich etwa 4 Milliarden Stück Eier importiert wurden, ging diese Zahl im Jahre 1918 bis auf mehrere Millionen zurück. Im Jahre 1919 nahm die Einfahrt immer mehr ab und hörte vom August vorigen Jahres an gänzlich auf. Die Rückfahrt auf eine Wiederbelebung sind sehr ungünstig. Das hauptsächlich als Überlebensgebiet in Frage kommende Polen hat erklärt, nur im Wege eines Staatsvertrages im Austausch gegen andere deutsche Produkte Eier zu liefern. Ebenso liegen die Dinge in der Tschecho-Slowakei, in Holland, der Schweiz und ganz besonders in Dänemark. Die Gießenfahrt von Amerika hat neuerdings begonnen; sie hat Deutschland aber nicht erreicht. Bei Beurteilung der Frage, freie oder zentralisierte Einfahrt unter Anteilnahme des Staates, spricht für letztere der erforderliche hohe Kapitalbedarf und das erhebliche Risiko. Die Versammlung sprach sich auch einstimmig für die vorgeschlagene öffentliche Bewirtschaftung der eingeführten Eier aus. Einzelheiten sollen weiteren Beratungen vorbehalten bleiben. Sehr wünschenswert ist die Förderung der direkten Einfahrt von Trockenfutterstücken aus China, die sich sehr gut bei der Bevölkerung eingeführt haben, neuerdings aber stark im Preise gestiegen sind. Sehr wesentlich für die inländische Eierverarbeitung ist natürlich auch die Förderung der heimischen Geflügelzucht, die mit allen Mitteln erstrebt werden muss.

Deutsches Heeresmaterial für fremde Staaten. Wie die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ meldet, sind aus den bayerischen Heeresbeständen 3000 Artilleriestücke nach Spanien verkauft worden, wofür das Reich 1 200 000 Mark hat erhält, während außerdem noch für den gleichen Betrag wichtige Roburungs- und Transportmittel aus Spanien nach Deutschland hereingekommen sind. Wie das genannte Blatt weiter meldet, hat die Firma Epics in Hamburg die Lieferung von 4 Millionen Blaspatronen, 4000 Lichtpatronen und Zubehörteilen zu Maschinengewehren nach der Tschecho-Slowakei übernommen. Die Lieferung erfolgt aus außerbayerischen Lagern, insbesondere aus dem Artillerie-depot Kassel. Die Begrenzungslinien für die Lieferungen sind bereits in Bayern eingetroffen und zwar in Form von Zucker und Kohlen. Es handelt sich hierbei um die weitere Ausführung des Vertrages zwischen Bayern und der Tschecho-Slowakei über die Austauschlieferung von Kriegsmaterial gegen Zucker und Zucker.

Die fünfzigsten Postageblätter. Eine Berliner Korrespondenz verbreitet einen Eingehenden über die künftige Gestaltung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesens. Was schon unterm 21. Januar einer gleichartigen Räteversammlung gegenüber bekannt worden ist, das die Angelegenheit noch keine feste Gestalt angenommen habe, trifft auch jetzt noch zu. Außerdem würde das Reichspostministerium die Presse über eine so wichtige Frage auf dem allein in Betracht kommenden Wege unterrichten.

Zeitungssverbot in Flensburg. Das „Flensburger Tageblatt“ ist gestern auf Anordnung der internationalen

Kommission bis zum 20. Februar wegen einer Fidik gegen die Dänen eingedenkt. Voraussetzung war, dass die Dänen die Fidiknotte verboten würden.

Um 1. Mai Arbeitstrübe in Frankfurt. In ihrer letzten Sitzung hat die sozialdemokratische Parteiorganisation in Frankfurt a. M. nach einer eingehenden Ausdruck einen Beschluss gefasst, wonach der 1. Mai durch völlige Arbeitstrübe begangen werden soll.

Die Tagung der Centrale der deutschen Landfrauen. Am gestern in Berlin eröffnet worden. Die Begrüßungsrede der Gräfin von Schwerin-Löwitz schloss mit einem warmen Aufrufe an alle Landfrauen, auch in diesem Sommer hungrigen und elenden Schulkindern ihr Heim zu öffnen.

England.

England nimmt mitteleuropäische Kinder auf. Aus London wird gemeldet, dass ein nationaler Plan aufgestellt wird, um Kinder Mitteleuropas in Großbritannien aufzunehmen. Ohne Zweifel wird diese Hilfe sehrdringlich, sicherlich und volkswirtschaftlich sowie österreichisch und ungarnisch Kindern zugewiesen. Kinder aus Deutschland bleiben also noch wie vor ausgeschlossen.

Titel.

Ablösung Thrasiens an Griechenland. Wie die Griechen Blätter melden, beabsichtigt die Türkei, Thrasien an Griechenland abzutreten unter der Bedingung, dass Smyrna bei der Türkei verbleibt. Venizelos soll prinzipiell mit diesem Vorschlag einverstanden sein.

Amerika.

Die Verkäuferung von deutschen Schiffen. Er gab 32 500 000 Dollar für 21 Schiffe. Der Verkauf ist nur unter der Bedingung möglich, dass der Ausschuss des Senats und des Repräsentantenhauses ihre Zustimmung geben. Der Beschluss des amerikanischen Schiffahrtskomites, die Flotte von 80 deutschen Schiffen in öffentlicher Auktion zu verkaufen, deutet daraufhin, dass die Regierung die Stotzsläge von Autoritäten auf dem Gebiet der Schiffahrt bestellt und alle Aktionen aufgibt, eine große kontrollierte amerikanische Handelsmarine zu schaffen. Man glaubt, dass es nicht nur bei den deutschen Schiffen bleibt, sondern dass die Regierung alle Fahrzeuge der Schiffsschiffe verkaufen wird; dagegen sollen die großen Werften der Regierung unter den Hammer kommen. Dadurch wird das Defizit des amerikanischen Schiffsarmes um 200 Millionen Pfund reduziert werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 19. Februar 1920.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

K. Berlin. Man nimmt in Kopenhagen, wie sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ melden lässt, an, dass sich zur Abstimmung in der zweiten Zone gegen 4000 Wahlberechtigte aus Dänemark nach Nordschleswig begeben werden.

Über Österreichs Abstimmung. Die „Voss. Zeitung“, wohl nirgends bei der überzeugende Glaube an eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches, so stark wie in dem an Polen abgetrennten Gebiet. Der bisherige Regierungspräsident von Allenstein, der inzwischen das Regierungspräsidentenamt in Königsberg übernommen hat, sprach offen aus, dass Majoren nur eines erhielten, nämlich wirklich strenge und gerechte Durchführung der auf die Abstimmung bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrags.

Im Obersten Rat für Elsass-Lothringen. Wurde verschiedenes Blättern aufgezeigt, dass der überzeugende Glaube an eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches so stark wie in dem an Polen abgetrennten Gebiet. Der bisherige Regierungspräsident von Allenstein, der inzwischen das Regierungspräsidentenamt in Königsberg übernommen hat, sprach offen aus, dass Majoren nur eines erhielten, nämlich wirklich strenge und gerechte Durchführung der auf die Abstimmung bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrags.

Der Oberste Rat für Elsass-Lothringen. Wurde verschiedenes Blättern aufgezeigt, dass der überzeugende Glaube an eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches so stark wie in dem an Polen abgetrennten Gebiet. Der bisherige Regierungspräsident von Allenstein, der inzwischen das Regierungspräsidentenamt in Königsberg übernommen hat, sprach offen aus, dass Majoren nur eines erhielten, nämlich wirklich strenge und gerechte Durchführung der auf die Abstimmung bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrags.

Der Prozess gegen die Kriegsbeschuldigten. Der Prozess gegen die Kriegsbeschuldigten, wie die „M. B. S.“ meldet, eine bedeutende Erweiterung des Personals des Reichsgerichts notwendig. Die Reichsregierung hat bereits die zuständigen Stellen der preußischen, bayerischen und sächsischen Regierung aufge-

Er möchte eine kurze Pause und hördete langer als vorher.

Bolkow stand ihm regungslos gegenüber.

Die Sache ist unendlich ernst und wichtig. Sie wissen es so gut wie ich. Alles, worüber wir jetzt noch im Dunkeln tappen, wird die Verhandlungen lichten — so oder so! — Aber der Ankläger hat diesmal einen schweren Posten. Ich würde ihn nicht verlassen — selbst auf Kosten meiner Gesundheit nicht, — wenn ich nicht einen Vertreter gefunden hätte, dem ich die Sache mit unbegrenztem Vertrauen übergeben kann. Und dieser Vertreter —

Er machte eine kurze Pause, seine Lippen zuckten ein wenig.

„Und dieser Vertreter sind Sie, Herr von Bolkow,“ sagte er dann kurz und schnell.

„Bin ich!“

Bolkow hatte es mechanisch gefragt — aber über die markante Silje lag ein Bittern, und das Blut lag in hellen Wellen in das erregte Antlitz.

„Gib Sie! Sie haben die ganze Sache von Anfang an mit mir gemeinsam bearbeitet. Ich wusste wohl, warum ich nicht ohne Sie tat — ich habe dabei die Überzeugung ge-wonnen, dass Sie Ihr gewachsen sein werden, trotz Ihrer Jugend und geringen Erfahrung — ich will keinen anderen, als Sie!“

„Ich danke Ihnen.“

„Aber mit welcher Waffe? Nun ja — leicht ist die Aufgabe nicht, die Ihnen zusällt. Besonders wegen des Vertheidigers —“

Er machte eine kurze Pause und sah dem jungen Kollegen forschend ins Auge, als erwarte er eine Entgegnung.

Der aber sprach kein Wort.

„Ich weiß, dass der Justizrat lieber einer der gewanderten und für junge Ankläger geschilderten Vertheidiger ist. — Ich weiß aber auch, dass Sie zu diesem Mann in einem besonderen Verhältnis stehen — in einem Verhältnis, dessen Spannung durch diesen Prozess, in dem Sie ihm als Ankläger gegenüberstehen, vielleicht noch größer — wenn nicht unüberwindbar werden wird.“

Wieder machte er eine Pause — wieder schwieg Bolkow.

„Ich habe mir das alles gefragt, mich ununterbrochen gefragt, ob ich überzeugt bin, dass Ihnen das Verhältnis Konflikt eigenmächtig und mit vollem Bewusstsein in Ihr junges Leben hineingetragen, Ihr Glück vielleicht zu verhindern.“

fortsetzt, geeignete Verbindlichkeiten zu diesem Zweck nötig zu machen.

Der Handel mit Russland.

(K. Berlin.) Der „M. B. S.“ aufzeigt, dass die deutsche Regierung sich entschlossen, Verhandlungen über die Einstellung des Handelsvertrags zwischen Deutschland und Russland zu beginnen. Eine Kommission unter Leitung eines Sozialisten, genannt wird Eduard Bernheim, soll an Ort und Stelle die Verhandlungen führen. Das genannte Blatt berichtet weiter, dass die englische Regierung der deutschen angeboten habe, Wochenschiff nach Deutschland zu liefern, die durch die deutsche Industrie an Waren für Russland hergestellt werden sollen. Dieses Angebot von der deutschen Regierung abgelehnt worden.

(K. St. Petersburg.) Der russische Sowjetreiter Minoff macht bekannt, dass die Verhandlungen mit den Vertretern der russischen kooperativen Gesellschaften gleich verlaufen. Die Verhandlungen betreffen u. a. die Lieferung von Eisenbahnmateriel und landwirtschaftlichen Maschinen. Russland werde als Bezahlung Gold ausführen.

„Berlinge Tibende“ veröffentlichte Bekanntmachungen russischer Zeitungen, wonach Bernards bei dem Versuch, mit der Bevölkerung des Kaiserstaates über eine Unterstützung der demokratischen Parteien Russlands zu verhandeln, feindlich aufgenommen worden sei.

Die Seemarshäfen aus Frankreich.

(K. Paris.) Bis zum 18. Februar sind im ganzen 144 Seemarshäfen nach Deutschland abgegangen. Die Transporte entwickeln sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung. Aus dänischen Gründen werden die Seemarshäfen in Ludwigshafen und an der Mosel übergeben. Am 20. Februar beginnen die Frankfurtransports in besonderen Lazarettschiffen.

Über 18 000 Deutsche im England.

(K. Amsterdam.) Wie „Algemeen Handelsblad“ aus London meldet, hat der Staatssekretär des Innern mitgeteilt, dass 22 440 frühere Feinde, darunter 13 788 Deutsche, sich gegenwärtig in dem vereinigten Königreich befinden, und dass seine Auswanderungen auf Grund des Ausländergesetzes vom Jahre 1919 stattgefunden haben.

Regierungskräfte in Frankreich.

(K. Paris.) Der Rücktritt Bonnarts, des Präsidenten der Reparationskommission, wird als Protest gegen die französische Haltung des Obersten Rates gegen Deutschland bei Ausführung der Bedingungen des Friedensvertrages angesehen. Willerand soll in der Räume interpelliert und zum Sturz gebracht werden.

Zwei Bomben auf Minen geladen.

(K. Kopenhagen.) Aus Konstantinopel wird gemeldet, dass 2 große Dampfer mit etwa 2000 Flüchtlingen aus Odessa zu Bord auf Minen geladen und bei der Einlauf in den Bosporus gesunken sind. Man glaubt, dass alle Personen umgekommen seien.

Die türkische Frage.

(K. London.) Die Friedenskonferenz hat die vorläufige Prüfung der ganzen türkischen Frage freigesetzt und wird jetzt mit der Aufstellung des Friedensvertragentwurfs beginnen. Die Antwort an Wilson wurde dem amerikanischen Vorsitzenden gestellt und ausgedehnt.

Kämpfe in Armenien.

(K. Haag.) „Nieuwe Courant“ aufzeigt, dass die türkischen Streitkräfte am 7. Februar gegen die Armenier angegriffen haben und sehr gegen die Bagdad vordringen. Bis jetzt treten 7000 Tote und Verwundete zu verzeichnen.

Urteile rumänischer Verhandlungsbehörden.

(K. Budapest.) Das ungarische Kriegsministerium wird gemeldet, dass 2 große Dampfer mit etwa 2000 Flüchtlingen aus Odessa zu Bord auf Minen geladen und bei der Einlauf in den Bosporus gesunken sind. Man glaubt, dass alle Personen umgekommen seien.

Die amerikanische Fleischausfuhr.

(K. Haag.) Eine Meldung aus Buenos Aires besagt, dass die amerikanische Regierung die Ausfuhr von Getreide jeder Art verboten hat. Jedoch sollen die in Verladung befindlichen Getreideschiffen ausgeführt werden.

Die amerikanische Fleischausfuhr.

(K. Haag.) Wie „Nieuwe Courant“ aufzeigt, dass die amerikanische Regierung die Ausfuhr von Getreide jeder Art verboten hat. Jedoch sollen die in Verladung befindlichen Getreideschiffen ausgeführt werden.

Zus Deutschostafrika.

(K. Paris.) Nach einer Gewissensbildung aus Marcella verlossen nach und nach die deutschen Kolonien Deutschostafrika.

Sie wissen, wie lieb ich Sie habe, wie gern ich Sie glücklich läbe!

Aber ich spreche offen zu Ihnen — ich habe auf alle diese Fragen, alle diese Gewissensbildung nur eine Antwort gefunden: es muß sein!

Wer ein Amt übernimmt, der muß ihm dienen mit Leid und Seele, der in diesem Dienst nicht nach persönlichen Gülden, nach eigener Ruhe fragen — es schlägt ihn unerbittlich in seine Fesseln. Die Pflicht ist die eiserne Kette, die es in diesem Leben gibt.

Und die Pflicht, Herr von Bolkow, rast Sie.

Kein anderer der Staatsanwälte hier ist dem Fall gewachsen. Sie müssen in den Kampf. Ich kann Ihnen nicht erparren!

Und ich will hinein! Und ich danke Ihnen für Ihr großes Vertrauen, Herr Erster Staatsanwalt. Und ich werde dies Vertrauen zu rechtfertigen suchen!

Er hatte es mit seiner Stimme gefragt — frierisch klung jedes Wort — wie ein heiliges Geleide.

„Sie weiß es.“ Und Gott mit Ihnen, mein lieber, junger Freund!

Ein warmer Händedruck — dann war Bolkow entlassen.

Besser — immer besser!

Der Justizrat rief diesmal nicht die starken Hände ineinander — wie sonst wohl, wenn er in Erregung sich befand.

Er warf sie förmlich gegen einander in Längen, wuchtigen Schlägen, vergaß sie dann mit bestigem Rück in seine Taschen, ließ sie wieder zusammenfallen und den wütenden Kampf von neuem beginnen, ohne Aufhören.

Dazu lief er im Zimmer auf und ab, raste und schrie und hatte auf alle liegenden Antragen seiner kleinen Frau, welche die Erregung in Zornangst verfolgte, nur die eine Antwort: „Besser — immer besser.“ möglicherweise einmal noch „meine Liebe“, hinaus, aber in einem Ton, der mit der Bedeutung dieses Wortes wenig zu schaffen hatte.

„Besser — immer besser!“

„Über um Gottestränen — so sprich doch — trinke erst einen schönen Wein — und dann sprich!“

Und der Justizrat trank — aber er sprach erst als Gedanken aus und zitterte getrieben war.

Zeitungsschule.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute zum letzten Mal: Lotte Neumann. Ab Freitag, den 20. bis Montag, den 23. Februar:

Das große dramatische Filmwerk

Sonntag 2-4 Uhr Jugend- und Familienvorstellung.
Vorauskarten haben keine Gültigkeit.

Jodesurteil

Eine Tragödie
in 8 Abteilungen
von ergreifender Handlung.

Um eiligen Aufbruch bittet die Bellherin Anna Bach.

Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.

Rur noch heute das interessante Filmtheatertüd:
"Das große Opfer".

Hauptdarstellerin Carola Toelle.

Ab morgen der große Schlager

Madame Blaubart

Spannendes Drama in 5 Akten
nebst dem üblichen Beiprogramm.
Vorzungskarte. b. A. Nohberg, Hauptstr. u. Friseur M. Müller.

Restposten

Tuchschuhe

mitfiliale Nr. 36, desgl. mit
Friedhof, Nr. 36 u. 37, unter
Einkaufspreis zu verkaufen.
Musterpaare

unter Nachnahme von R. 7.—
Marg. Lehmann,
Großhain, Berliner Str. 58

Ein Paar gelbe Schuhe,
ein Paar Halbschuhe (Gr. 39)
und ein guter Schirm
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

D. Schnürschuhe, neu, Gr. 39,
zu verl. Käfermarkt, 20, 2.

4 m Damen-Stoff,
schwarz, hat obengeben
Vorkehr. 1. p. r.

Konfirmandenhut,
Gr. 53, zu verl.
Goethestr. 40a, v.

3 Tuh, weiße grb.
Sichtkragen,
Halsw., 34-37, und einige
Umlegkragen, Halsw. 37,
1 netzgr. Taschenuhr und
ein Kleishbrett, wenig grb.,
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Gelegenheitskant.
Ein neuer Herrenanzug,
engl. Muster, Größe 170-175
(Grieselware) für 500 M.
zu verkaufen. Zu erfragen
im Tageblatt Riesa.

Guterhaltener Anzug,
blau, passend für Konfirmand,
preiswert zu verkaufen
Riesa, Brauhausstr. 5, v.

Guterhaltener
Chauffeur-Anzug
zu kaufen gesucht.

Angebote unter B N 4527
an das Tahl. Riesa erbeten.

Bluse getragene
Marineshirt und Wüste
zu kaufen gesucht.

Werte Cff. mit A N 4528
an das Tageblatt Riesa.

Sehr guterhaltener
Gehrock-Anzug

mit Weste, pass. für mittl.

Figur, zu kaufen gesucht.
Off. mit Preis unt. N N 4528
an das Tageblatt Riesa.

Guterhaltener
Funkensinduktor

ob. Influenzmaschine, zu f. gef;
Offerter unter H N 4523
an das Tageblatt Riesa.

Eine Schnittebank,
eine Drehbank,
ein tafelförmiges älteres
Klavier veräußert

Paulus Nr. 6.

Linoleum
zu kaufen gesucht.

Goethestr. 40a, v.

1 Hou
ist zu verkaufen
Gohlis Nr. 68.

1 Esche,
6,50 m ho., 25 cm Mittennst.,
und 1 Stiele liegen z. Verkauf
Vangenberg Nr. 27 b. Riesa.

Äglich 20 Mark

Rebendienst
durch lohnende schriftliche
Arbeiten. Röhres
folienlos d. C. A. Birn-
stein, Raum 1, Saalbau, Ga.

Gasthof Bausik.

Sonntags, Fastnachts-Bergnügen
den 21. 2. Das Arbeitspersonal und dessen Angehörige
beratlich willkommen. Anfang 10 Uhr. Der Ausdruck.

Glaubitz, Gasthof "Drei Lilien".

Sonntag, den 22. Februar, abends 6 Uhr
großer Fastnachts-Ball
mit Gabenterlösung und Überraschungen
veranstaltet vom Wohltätigkeitsverein "Sächs. Freischule"
Brotverein Glaubitz.
Es lädt ergebenst ein der Vorstand.

Brikett-Ausgabe

für Riesa-Stadt

Freitag, den 20. 2., auf alle gewidmeten Karten.

Ausgabe: 8-12 vorm., 2-5 nachm.

C. A. Schulze.

Pferdeschlächterei Albert Wehlhorn

Gröba, Kirchstraße 10

Wiedereröffnung
meiner Schank- und Speisewirtschaft
morgen Freitag, den 20. Februar.

Oschitzer Stadtwald.

Aubholzversteigerung in der Forsthauswirtschaft

bei Oschatz

Montag, den 23. Februar 1920, vorm. 10 Uhr.

535 leichte Stämme von 11/15 cm Mittenstärke

176 " " 10/10 "

30 " " 20/22 "

13 " " 23/29 "

280 " Höhe 7/12 " Oberstärke

47 " " 13/15 "

72 leiferne Stämme 16/19 " Mittenstärke

18 " " 20/22 " Oberstärke

8 " Höhe 13/15 " Oberstärke

251 " erlene Stämme 16/25 " Oberstärke

2 erlene Stämme 28 " Mittenstärke

1 birkenf. Kloß 9/13 " Oberstärke, 2 m lang

8 eichene Kloß 18 " " 8 "

10 Verbügeln 8 " Unterstärke

63 " " 10/12 " "

125 " " 18/15 " "

Das Holz gelangt öffentlich meistbietend gegen sofortige
Bezahlung zur Versteigerung.

Stadtat Oschatz, am 18. Februar 1920.

Guter Verdienst.

Streichhölzer

kaufe jedes Quantum, Schachtel 20 Pfennig. Postsendungen

sofort unter Nachnahme erbeten.

Aug. Misurit, Heydekrug (Distr.).

Ein zweifig. Sportwagen,
ein Paar grb. Kinderhandschuhe,
Nr. 23, zu verkaufen
Promiss Nr. 10.

Gebr. Kinderwagen
für 40 Mark zu verkaufen.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Ungesiefer
Mäuse, Raillen,
Zusen, Hanzen

und andere

Surol

Am. 1. Jährl. 1920

Dr. A. Arnold, Central-
Dros. C. Börner; Med.-
Dros. A. B. Dennerle,
Gröba; Allgemein-
Kinder-Schulthei-

Wäsche zum Waschen
und Plätzen wird angenommen
Röderau, Grundstr. 6, 1. r.

Wird sauber und schnell ge-
plättet Jean Gerhard
Berger, Mehlner Str. 21.

Gute sachsische

Waschmaschine,

ausgehender Regulator,

eine Geldkassette zu verl.

Zu erst. im Tagebl. Riesa.

Vorläufige unterhalte-

Schreibmaschine.

Vorabzahlung! Gebr. Offerter

mit Preis- u. Systemangabe

unter E N 4528 an das

Tageblatt Riesa.

Heute zum letzten Mal: Lotte Neumann. Ab Freitag, den 20. bis Montag, den 23. Februar:

Jodesurteil

Eine Tragödie
in 8 Abteilungen
von ergreifender Handlung.

Metropol-Lichtspiele

Sophieler Str. 2, Galathäus Stadt Freiberg.

Freitag, den 20., bis Montag, den 23. Februar:

"Der gestreifte Domino"

5. Abenteuer des hellen Detekt. Stuart Webb.

Dazu das originelle Lustspiel in 3 Akten:

"Der Hofmeister in 1000 Angestellten".

Sonntag von 2 Uhr an:

Kinder- u. Familienvorstellung.

Vereinsnachrichten

Verein "Erholung" (Chorgesangverein v. 1878). Heute

Donnerstag abend 8 Uhr geselliges Beisammensein im

Café Möbius, 1. Stock.

M. & Jäger u. Schülern. Morgen Freitag abend 10 Uhr

Monatsversammlung im Vereinslokal.

Niederer SV-Verein, e. V. Freitag, 20. dls., 8 Uhr

Spielerzusammenkunft Konditorei Barth.

Junggesellenverein "Ammergrün", Riesa. Freitag, 20. 2.

10 Uhr außerordentliche Versammlung im Galathäus

Stadt. Hamburg. Er scheinen eines jeden ist Wicht.

Mad. V. "Wanderer". Sonntag 4 Uhr Versammlung.

Turnverein Sander. Sonntag, den 22. Februar, Fest-

nachtstänzchen.

Jahres-Hauptversammlung

der Unterhaltungsgenossenschaft für den Keppitzbach

in Lommatzsch

Freitag, den 5. März 1920, nachmittag 4 Uhr

im Restaurant zum Auer in Lommatzsch.

Tagesordnung:

1. Rattenbericht.

2. Wahl von Rechnungsprüfern und Entlastung des Schatzmeisters.

3. Beschlussfassung über die für 1920 zu erhebenden Beiträge.

4. Im Jahre 1919 etwa stattgefundenen Veränderungen.

5. Etwaiges Weiteres. A. Möbius, Vorl.

Morgen Freitag, den 20. dls., abends 7 Uhr im

Vortragssaal, Hauptstraße 60

Jugendbundfest

der Adventgemeinde zu Riesa.

Abwechslungsreiches Programm in Vorträgen von Musik,

Gedichten, Liedern usw.

Unter Mitwirkung des Konzertmeisters

- Goetz in Dresden. -

Die Christlich gesinnete Jugend von Riesa und Umgegend,

sowie alle Freunde des "Werkes Gottes" sind herzlich will-

kommen. 1. Theiss, 5, 21. Die Zeitung.

<p

Beilage zum „Riesener Tageblatt“.

Redaktion und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Chefredakteur: Gottschalks 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhnle, Riesa; für Angelegenheiten: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nr. 41.

Donnerstag, 19. Februar 1920, abends.

73. Jahrg.

Herr Barres und das Rheinland.

Herr Barres, der sich im vorigen Jahre das Saargebiet zu seinem Stiefenkleide erkoren hatte und in altem Lande Blumenreichen Redewinden von den ehemaligen Charakter dieses Landes nachzuweisen versuchte, hat sich jetzt dem Rheinlande zugewandt, um entstellt in den großen Pariser Blättern eine rührige Rheinlandespropaganda, die indessen wohl nicht so sehr auf das französische Publikum wie auf die Rheinländer selbst bezogen ist und deren Hauptziel darin besteht, das Rheinland als das unehrenhafte und vom bösen Brüder unterdrückte Opferlamm darzustellen, dem nur Frankreich Kultur und Freiheit zu bringen vermöge. Herr Barres erzählte allerhand Schauermärchen von der unglaublich schlechten Behandlung, die die deutsche Regierung dem Rheinlande zuteil machen ließ, und meint, die deutsche Regierung verfolge dabei den Zweck, die Rheinländer durch die sich auf diese Weise ergebenen Nebenstände gegen die Bevölkerungsbehörde zu ziehen — ein psychologisch etwas merkwürdiger Käffel, denn es ist doch in keiner Weise gesagt, daß die Rheinländer alle Nebenstände ohne weiteres der französischen Behandlung auszuwerben geneigt sind, und bei der allgemeinen Chaotischen Anlage der Deutschen liegt es näher, daß die Rheinländer die Schuld an ihrer schwierigen Lage auf die mangelnde Fürsorge der deutschen Regierung schieben, was tatsächlich in auch vielfach geschieht. Als alter und geliebter Bruder arbeitet verständig Herr Barres es nicht, den Rheinländern eine Selbstverwaltung über die andere zu lassen. Das rheinische Volk, so meint er, sei intelligent, begreife rasch, sei gut unterrichtet und ließe es, geführt zu werden, dann es wolle nur gehorchen. Es habe keiner einen Haß gegen Frankreich noch gegen sonst jemand; wenn es den Brüdern verzieht, so sei das, wie ein Ball einen zu strengen Herren. Das rheinische Volk ist in seiner Masse sehr vorsichtig und sei überzeugt sehr für materielle Verbesserung. Wenn Frankreich ihm dies verschaffe, so würde ihm die Seele des Rheinlands offen stehen, und es sei bringend zu wünschen, daß Frankreich seine Bemühungen, die wirtschaftliche Lage der Rheinländer zu bestimmen, mit aller Entschiedenheit fortsetze. Dazu sei Frankreich umso mehr in der Lage, denn der Friedensvertrag sei eine Masse als Besitzer und Organisator der Rheinländer zu. Richtig sei zu diesem Zweck ein enneses Übereinkommen zwischen dem französischen und dem rheinischen Volke erforderlich und es erscheine nötig, ein französisch-rheinisches Wirtschaftskomitee ins Leben zu rufen, dem von beiden Seiten erfahrene und wohlmeinende Männer angehören. Nur diese Welle werde die Gewinnung des Rheinlands für Frankreich sich trüglich, aber desto sicher vollziehen.

Dem rheinischen Volke werden ohne Frage die recht plumpen Schmeichelchen des Herrn Barres peinlich und widerwärtig sein. Daß das rheinische Volk intelligent sei, braucht es sich wahrscheinlich erst von Paris aus bestätigen zu lassen. Ganz Europa weiß, welch einen Anteil an der Entwicklung des geistigen Lebens Deutschland von jener gerade die Rheinländer gehabt haben. Fast grotesk wirkt es, wenn Herr Barres in seinen Sinnen auf das rheinische Volk mit einemmal die Bezeichnung einfließt, die Rheinländer seien für materielle Verbesserung besonders empfänglich und wenn Frankreich ihnen diese verleihe, scheine Herr Barres seine sonstige Propaganda die Geschicklichkeit völlig verlassen zu haben. Sollte er wirklich kein Gefühl dafür haben, wie eine Menge gegen den Rheinländern mit der Behauptung gibt, sie würden für ein Stück Weißbrot ihr bebrütigtes Vaterland im Stich lassen. Die tiefe Verachtung, die der Franzose für alles Deutsche hat, tritt in dieser niedrigen Einschätzung des Rheinländer besonders deutlich zu Tage, und man darf annehmen, daß ihm das rheinische Volk die Antwort auf seine Worte nicht schuldig bleiben wird.

Eine neue Verordnung Russes.

Das Oberkommando Russes erlässt folgende Verordnung: Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen ordne ich für Berlin und die Mark Brandenburg folgendes an:

Alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung, Bearbeitung und Verteilung von Lebensmitteln sind als lebenswichtige Betriebe anzusehen.

Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, diese Betriebe zur Stilllegung zu bringen, wird gemäß § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bis zu 15.000 Mark bestraft, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen.

Streik in der Fischerei in Lübeck.

Die Travemündler Fischereigenossenschaft sandte gestern ein Blatt an die Lübecker Fischindustriellen, weil auch für die Industrie der Hochpreis auf 8 Pf. für das Pfund festgesetzt worden war. Darauf sind gestern in Travemünde 1000 Fischerei- und die Industrie beschlagnahmt worden. Die hieraus hergestellten Rückstände werden zu 5 Pf. Kosten für Lübeck zu 18,50 Mark geleistet und für den Verkauf für 14,90 Mark. Der Lübecker Bevölkerung batten die Fischerei grüne Heringe, das Pf. zu 80 Pf., genugend gesandt. Die Hänge in der Travemündler Bucht dauern an.

Aufgehobene Kommunistenversammlung.

Die in Hannover tagende Reichskonferenz der kommunistischen allgemeinen Arbeiter-Union wurde auf die von Berlin ausgegangene Mitteilung, daß sich unter den Teilnehmern von den Behörden geäußerte Verboten befinden, von der Sicherheitspolizei aufgehoben. Die Polizei nahm läutliche 67 Teilnehmer der Konferenz in Haft und stellte dann fest, daß sich unter ihnen auch der seit längster Zeit flüchtige russische Agitator Sturm befand. Dieser und ein anderer Ausländer wurden in Haft beobhalten, während man die übrigen nach Feststellung ihrer Personalien wieder entließ.

Attentatsplan gegen europäische Staats-oberhäupter?

Das „Deutsche Volksbl.“ in Wien meldet aus Mailand: Bei einem mit 7 Genossen bei seiner Laudung in Neapel verbotenen Kommunistenführer Angelotti wurde ein vollständig ausgearbeiteter Attentatsplan gegen fast sämtliche Staatsoberhäupter Europas vorgefunden. Die Namen der mit der Ausführung betrauten spanischen, italienischen, tschechischen und russischen Anarchisten sind in den Händen des Volkes. Es sind durchweg Mitglieder des roten Bandes.

Das Entgegenkommen in der Auslieferungsfrage.

Deutschland will sich dankbar zeigen.

Wie der „Newark Herald“ erzählt, wird die deutsche Regierung von dem Bestreben geleitet sein, für das Entgegenkommen der Alliierten in der Auslieferungsfrage auf die im Friedensvertrag ihr ausgescherten Vergütungen zu verzichten, wonach ihr die Mengen der an Frankreich zu liefernden Kohlen drei Monate vorher mitgeteilt sind. Deutschland werde sich außerdem alle Mühe geben, seine Kohlenerzeugung zu vermehren.

Der Berliner Korrespondent der „Basler Nachrichten“ erläutert aus diplomatischen Kreisen, daß die Nachgiebigkeit der Entente nicht allein durch jene Berichte bewirkt wurde, die von der englischen Militärmission in Berlin nach London gesandt worden sind, sondern auch durch einen sehr energischen Schritt der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nämlich der Friedenskonferenz in London gleichzeitig mit der Note über Flüme und der Lösung der Abfuhrfrage auch eine Note über die Auslieferungsangelegenheit ausgestellt, in der darauf hingewiesen wurde, daß es dringend notwendig sei, Sorge zu tragen, daß in Deutschland die innerpolitischen Verhältnisse sich nicht weiter verschärfen. Die amerikanische Note enthielt klug und klar die Drohung, daß Amerika sich von den europäischen Angelegenheiten gänzlich zurückziehen werde, falls die Entente nicht geneigt wäre, nachzugeben.

Kein langlebiger Wechsel.

Im französischen Kommercausschuß sprach, nach einer Meldung des „Parisier Journal“, am Dienstag vormittag Millerand zur Auslieferungsfrage. Der Ministerpräsident

erklärte, die deutschen Urteile gegen die Kriegsverbrecher würden der Genehmigung der Alliierten unterliegen. Keineswegs erhält Deutschland einen langfristigen Wechsel zur Sühnung der Verbrechen ausgeschafft. Nach zwei höchstens drei Monaten würden die Alliierten von sich aus die nicht erledigten Prozesse zur Durchführung bringen. Die Erklärung des Ministers wurde ohne Debatte zur Kenntnis genommen.

In der vorausgegangenen Sitzung des Kommercausschusses für auswärtige Angelegenheiten hielt Kriegsminister Pétain eine längere Rede, worin er sich mit der Durchführung der Bestimmungen des Versailler Vertrages beschäftigte. Pétain wies darauf hin, daß Deutschland eine größere Armee benötigt, als ihm durch den Friedensvertrag gestattet sei. Pétain will darauf hinweisen, daß die Einwohnung Deutschlands so rasch wie möglich erfolge. Er erklärte, auch mit aller Kraft dafür sorgen zu wollen, daß keine Revision irgend einer Bestimmung des Versailler Friedens erfolge.

Die Abschiedsbotschaft Poincarés.

Poincaré, im Begriff sein Amt niederzulegen, richtet an Kammer und Senat seine Abschiedsbotschaft. Er appelliert nochmals an die nationale Einigkeit und Tatkraft aller Franzosen, damit Frankreich eine größere Arbeit seinen wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau durchführen könne. Als politische Aufgabe hält er in den Vordergrund die Wiederherstellung der Ruhe im Orient, den Ausbau des Völkerbundes zu einer lebendigen Organisation und die tatsächliche Durchführung der Einwohnung Deutschlands und seiner Verpflichtung am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit allen Mitteln.

Ablösen Englands mit Sowjetrußland.

Amsterdam, 18. Februar.

Wie „Telegraaf“ aus London meldet, haben O’Grady und O’Dowd am 12. Februar in Kopenhagen ein Abkommen über den Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen unterzeichnet. Man erwartet, daß die englischen Kriegsgefangenen binnen einem Monat Rückland verlassen haben werden.

Tenths-russische Befreiungen.

Aus Amsterdam wird gemeldet: Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rückland und die ungelöste Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Befreiungen mit dem hierzu delegierten Bevollmächtigten der Sowjetregierung Herrn Wigdor Kopp einzutreten.

Die polnisch-russische Friedensaktion.

Die Aktion in der Frage der Friedensverhandlung mit Sowjet-Rückland hat, wie die „Telegraphen-Union“ meldet, in den letzten Tagen keine Fortschritte gemacht. Die polnische Regierung beobachtet, vor der endgültigen Antwort an Rückland zunächst die Richtlinien der Ostpolitik im allgemeinen festzulegen. Schon heute steht es fest, daß die Frage der Anknüpfung von Friedensverhandlungen mit Rückland keinen Beratungsgegenstand des Reichstages bilden wird.

Ein Funtvorschlag aus Mostau folgt, hat das Zentralkomitee der Sowjetregierung an die polnische Arbeiterschaft erneut einen Gruß gerichtet und den Friedensvertrag vom 30. Januar wiederholt.

Ein Bruderbund der bolschewistischen Ukraine mit Rückland.

Russische Zeitungen melden, daß in dem von den Bolschewisten besetzten Teil der Ukraine eine neue selbständige bolschewistische Republik errichtet wurde, die mit Sowjet-Rückland einen Bruderbund geschlossen hat.

Keine Ratifikation in Amerika.

Amsterdam, 18. Februar.

Wie der „Telegraphen-Union“ berichtet wird, schwanden die Aussichten für die Ratifikation des Vertrages von Versailles von Tag zu Tag mehr. Die Witte Panjting, Sekretär des Präsidenten Wilson, völlig er und wird von seiner eigenen Partei preisgegeben. Obwohl die demokratischen Senatoren sich im allgemeinen eine Meinungsänderung über die Angelegenheit, die das ganze Land in Aufregung versetzt, enthalten, sprechen sich alle in Privataufnahmen scharf gegen das autokratische Verhalten des Präsidenten aus. Staatssekretär Panjting wird von nahezu allen Politikern ohne Unterschied der Partei, wie z. B. von dem früheren Präsidenten Taft und dem ehemaligen Staatssekretär Lane, unterstützt. Die von dem republikanischen Senator Norris zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß der Rechtsanwalt, bei dem sich Präsident Wilson in Behandlung befand, zu früh entlassen wurde, scheint heute mehr oder weniger deutlich von der Mehrheit des Senates geteilt zu werden. Das Vorhaben des Präsidenten trennt die seit langem nur noch offiziell bestehende Weisheit der Demokraten auseinander. Unter diesen Umständen ist das Schicksal des Friedensvertrages mehr und mehr gefährdet. Sollte auch ein Einvernehmen erzielt werden, so wird sich Präsident Wilson weigern, zu unterschreiben, und der Senat wird dann das Aufheben des Kriegsvertrages mit Deutschland beschließen.

Widerspruch Amerikas gegen die Lösung der adriatischen Frage.

Wie das Neuerthürko aus Washington meldet, wird in der letzten Note der Vereinigten Staaten an die Alliierten entschiedener Widerspruch gegen eine Lösung der adriatischen Frage erhoben, die mit den im Versailler Vertrage getroffenen Bestimmungen und mit den in den 14 Punkten aufgestellten Grundsätzen nicht vereinbar sei. Beamte des Weißen Hauses haben erklärt, die Vereinigten Staaten könnten sich an der Regelung der Italienerfrage nicht beteiligen, da die Premierminister der Alliierten ihren Beschluss ohne Bezugnahme der Vereinigten Staaten gefaßt hätten. In amtlichen Kreisen wird angekündigt, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise das Ölwerk für Europa einzehlen werden, wenn eine Veränderung des Friedensvertrages, die die Vereinigten Staaten als unvereinbar mit dem Grundsatz der Selbstbestimmung erachten, in Kraft gelegt wird.

Reuter erzählt: In Wilsons Note betreffend Südslawien heißt es, wenn die Verbündeten eine Entscheidung im Sinne des Pariser Kompromisses vom 30. Januar treffen würden, dann würden die Vereinigten Staaten geneigt sein, die Zurückziehung ihrer Unterschrift unter dem Verfaßter Vertrag in Erwägung zu ziehen. Eine Antwort Englands auf diese Note ist abgangen.

Wilson droht.

Washington, 17. Februar. Wilsons Memorandum hat den Alliierten mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten möglicherweise die Zugeständnisse des Verfaßten Vertrages aus dem Senat erwägen mühten, wenn die Alliierten bei der Verfolgung ihrer Pläne weiterhin ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten handelten.

„Daily Mail“ berichtet: Es verlautet, daß die Antwort an Wilson besagt, der Oberste Rat sei gesungen, während der freiwilligen Abweichen des amerikanischen Vertreters bestimmt zu lassen. Die Antwort liegt ferner aneinander, daß die Vorstellungen vom Dezember in Kraft gelegt werden sollen, wenn Wilson sagen will, wie sie ausgeführt werden sollen.

Die Kundgebungen in Saarbrücken.

Wie die „V.P.R.“ melden, traf die deutsche Delegation zur Grenzregulierung unerwartet am 14. Februar in Saarbrücken ein. Als die Delegation unter Führung des bayerischen Oberstabsleutnants Zylinder nach dem Hotel fuhr, sammelte sich eine nach Hunderten zahlende Menschenmenge, die nach und nach auf Zähmung anstrebte. Den Offizieren wurden aus allen Kreisen der Bevölkerung Blumenspenden ausgetauscht. Die Menge sang ununterbrochen volkstümliche Lieder. An den folgenden Tagen wiederholten sich diese Kundgebungen, zu denen eine gewaltige Volksmenge aus dem Saargebiet nach Saarbrücken zusammenströmte.

Die Anwendung der Steuergesetze im befreiten Gebiet.

Die interalliierte Rheinlandkommission hat nach Vorlage folgender Gesetze durch den Reichskommissar gegen deren Anwendung im befreiten Gebiet keine Einwendungen erhoben: a) Reichsnotopfergesetz vom 31. Dezember 1919; b) Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919; c) Reichsabgabenordnung nebst Ausführungsverordnung vom 13. und 18. Dezember 1919.

Demission Millerands.

Paris, 19. Februar.

Millerand hat dem Präsidenten die Demission des Kabinetts angeboten. Präsident Delcane hat sie nicht angenommen und das Kabinett gebeten, im Amt zu bleiben.

Der „Tempo“ über Frankreichs Interesse am Wiederaufbau Deutschlands.

Paris, 16. Februar.

Ausgehend von der Feststellung, daß sich die Hoffnung auf eine interalliierte finanzielle Solidarität angelicht, der ablehnenden Haltung Englands und Amerikas nicht verdeckt hat, vräuft der „Tempo“ in einem Kurzartikel die Frage, in welchem Bilde sich bei dieser Sachlage die Zukunft für Frankreich darstellt und gelangt dabei zu folgenden bemerkenswerten Schlüssen:

Deutschland findet wieder Gelehrte an der Arbeit. Unbefriedigende Arbeitsmarktsituations bestätigt das. Es wird imstande sein, im Überfluß zu erzeugen, wenn es die Effektivstärke seiner Bergarbeiterchaft erhöht und sich in weitergehender Weise die von ihm benötigten Rohstoffe beschafft. Es ist schon jetzt in der Lage, selbst einen Teil dessen zu laufen und was es nach dem Ausland verlässt, zu beschaffen. (Zum Beweis dieser Behauptung zieht der „Tempo“ den am 5. Februar im „Berliner Tagesschiff“ erschienenen Artikel über das „Erwachen des Hamburger Hafens“ heran.) Wenn es Deutschland gelingt, mehr auszuführen, als es einführt, so wird es seine Zahlungen an das Ausland wieder aufnehmen können. Dies ist unter Interesse, denn wir sind ja seine hauptsächlichen Gläubiger. Je weniger Ausgaben bestehen, eine interalliierte Finanzgemeinschaft herzustellen, um so mehr werden wir dazu gebracht, trotz aller durch den Krieg hinterlassenen Erinnerungen, es wünschenswert zu finden, daß Deutschland sein altes Gedächtnis wiederfindet. Aber gehen wir noch weiter. Deutschland wird nur dann wieder zahlungsfähig werden, wenn es viel arbeitet. Arbeiten wird es aber nur, wenn es sich ernähren kann. Nun schaute man in Berlin, daß die letzte Getreideperiode weit davon entfernt ist, bis zur nächsten Getreideperiode anzurecken. Ein Markt besteht etwa für

zum Rechte, was erforderte eine Waffnade von 1.500.000 Tonnen erforderlich machen würde. Zum gesamten Kurs des deutschen Geldes wären diese Menzen an Bezeichnungen annähernd 13½ Milliarden Mark kosten. Diese Bezeichnungen ist ganz unmöglich. Wie denten die alliierten Bezeichnungen darüber? Wollen sie an der Verfolgung Deutschlands, sei es mit Gebundenheiten, sei es mit Hobosten, teilnehmen? Welchen Lieberichtungen seien sie sich dann auf politischem oder militärischem Gebiet in Bezug auf soziale Ordnung oder weitere Unordnung aus? Werden sie Deutschland Kredite bewilligen, indem sie z. B. das sinnreiche System nachahmen, das Holland soeben zur Anwendung gebracht hat? Aber dann leidet man in Deutschland die Hölle, die man Frankreich oder Italien verweigert?

Alles das schiene absurd, und Frankreich sollte schon jetzt die Stimme der Vernunft hören lassen. Wie das Haus der Gemeinen ganz richtig bearbeiten bat, handelt es sich jetzt nicht darum, die Abänderung des Friedensvertrages zu defektieren. Das wäre nur eine neue Ursache zu Streitigkeiten und Entwicklungen. Aber es genügt auch nicht die Erklärung, daß man den Vertrag aufrecht erhalten und seine Ausführung erzwinge. Das wäre nur eine leere Bedingung, die dem Schulden erlaubt, zu bezahlen und den Gläubigern, die Zahlung zu erwarten. Wirh unsre Regierung diese materiellen Bedingungen, diese greifbaren Wirklichkeiten, aus London mitbringen? Das ist in unseren Augen die große Frage."

Debatte im Unterhaus über Deutschlands Entschädigungspflicht.

Bei der Beratung der Abrede des englischen Unterhauses an den Königin stand eine Debatte über den Vertrag statt. Balfour gab zu, daß die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands aus dem besten Wohlwollen nicht vorauszusehen sei, daß aber über die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands die Meinungen der Sachverständigen kaum auseinandergegangen. Überdies habe Deutschland selbst sich bereit erklärt, 5 Milliarden Pfund zu bezahlen. Die Verhandlungen habe sich außerstande erklärt, die Entschädigungssumme festzulegen. Das Nachtragsprotokoll des Friedensvertrages bestimmt nämlich, daß Deutschland jederzeit innerhalb 4 Monaten nach Friedensschluß es strecken solle, Vorschläge zu machen, welche die Alliierten dann in Gewahrung ziehen würden. Deutschland kann z. B. eine Gesamtsumme anbieten, aber auch für einzelne Kategorien der Entschädigungspflicht Vorschläge machen. Deutschland darf auch das Anerbieten machen, der Wiederaufbau besteht, soweit sie den Wiederaufbau betrifft, aus eigenen Mitteln nachzukommen. Balfour führte dann aus, daß die Alliierten damit Deutschland durchaus entgegengekommen seien, abgesehen davon, daß die Wiedergutmachungskommission eine Vorlehrung zu gerechter Durchführung der Entschädigungspflichten sei.

Der Gerichtshof des Völkerbundes.

Aus London wird gemeldet: Der permanente internationale Gerichtshof des Völkerbundes wird sich nach den in London auf Vorschlag Leon Bourgeois gesuchten Vorschlägen wie folgt zusammenfassen: Frankreich: Gromont; Justizminister des französischen Außenministeriums und Mitglied des Haager Schiedsgerichts; Vereinigte Staaten: früherer Staatssekretär Root; Mitglied des Haager Schiedsgerichts; England: Lord Pillmores, englischer Großer Rat, Richter am Appellationsgericht und Vorsitzender der britischen Unterprüfungscommission des Völkerbundes; Belgien: Descamp, belgischer Minister, Professor des internationalen Rechts und Mitglied des Haager Schiedsgerichts; Argentinien: Exminister Drago; Italien: Professor Salda von der Universität Neapel; Norwegen: Gram; Niederlande: Dr. Voder; Serbien: Bedrichich, Gefandter in Paris; Japan: Atsushi, früherer japanischer Gesandter in Wien.

Mit Taxis und Flugzeugen gegen den tollen Muschah.

Die letzten aus dem Sudan und Abyssinien eingetroffenen Meldungen bezeichnen die dortige Lage als sehr ernst. Der "tolle Muschah" predigt im Sudan den heiligen Krieg im Namen des türkischen Sultans. Großbritannien und Italien haben eine gemeinsame Aktion zur Unterdrückung des Aufstandes vorbereitet. Indische und afrikanische Truppen mit Tanks und Flugzeugen wurden in Massaua gelandet. Zweifellos hat die Möglichkeit, daß der Sultan und das Kallat aus Konstantinopel vertrieben werden könnten, in der ganzen moschmedischen Welt große Unruhe erzeugt und die Entscheidung der Politikkonferenz in London, die das Verbleiben des Sultans am goldenen Horn in Aussicht stellt, dürfte im Osten einen wesentlich beschwichtigenden Einfluß ausüben.

Reine Wilderung des Söllnais.

v. Rom, 18. Februar.

Der "Osservatore Romano" veröffentlicht ein Schreiben des Papstes an den Bischof von Reggio, worin gelangt wird, daß der Heilige Stuhl seine nachgekommene demokratische Reformen aufzunehmen könne, welche man in der Kirche einführen möchte. Er kann in die Aufhebung oder Wilderung des Gelehrten über das Volk nicht einwilligen, welches den größten Nutzen der römischen Kirche darstelle.

Frankösische "Kultur"-Zaten.

In welch unanständlicher Weise mancherorts ironisch die Truppen während der Besetzung auf das Kriegsrecht des Siegers und Kroheters gewohnt und mit deutschem Eigentum geschädigt und gewaltsam haben, davon kann das Schloss Braunsharfe bei Darmstadt ein Bild singen. Eine Nachricht die der "Frankfurter Zeitung" über den Zustand des Schlosses zugetragen war, flang so unerhört, daß die Zeitung ein Reaktionärsblatt an Ort und Stelle gefordert hat, aus dessen nunmehr vorliegender Erzählung folgendes herauszuholen ist:

Die ganze kostbare Einrichtung des Schlosses ist, soviel sie nicht fortgeschleppt wurde, mehr oder weniger ein Trümmerhaufen. Die Möbel, Schränke, Tücher und Stühle sind zum Teil zerstört. Von Lederschalen ist fast alles abgeschnitten, aus eingeknickten Tischen sind die Untergestelle ausgebrochen worden. Die meisten Bilder von Kunstmaler sind verschwunden, ebenso alle Antiquitäten. Sammlungen von Porzellan und Stoffen wurden entfernt. Glasfenster und alles Silberzeug ist entweder zertrümmert oder weggeschleppt worden, ebenso sind alle Kleider- und Waschräume geplündert. Um Schlamm ist der Bibliothek mitgeworfen worden. Das Schloss hatte kurz vor dem Kriege der bekannte Privatgelehrte und Schriftsteller Professor von Bamberg erworben. In der Bibliothek befanden sich Werke, durch deren Verlust der Schriftsteller und Privatgelehrte in seiner ganzen Bedeutung geschädigt worden ist. Sämtliche Ausgaben deutscher Meister, zahlreiche Erstausgaben historischer Gesamtwerke, Bruchstücke sind zerstört und abgedeckt worden. Aus Kunstsachen sind Bilder herausgerissen worden. Professor von Bamberg schätzt seinen Verlust an Büchern auf etwa 30.000 Bände. Es ist zum Beispiel, wie in einem Zimmer ganze Stühle zerstört und geschändet gebraucht worden durch ein schwaches Dach — die Beschädigung war durch die Anbringung einer Triebsole verursacht — vom Regen durchdröhnt und völlig verrottet sind. — In einem Raum steht bemerkbar noch die "Frankfurter Zeitung": "Es gilt einzig und allein die Tatsache festzuhalten, daß hier von Mitgliedern einer Nation, die offiziell und Deutschland gegenüber von moralischer Entrüstung trieft, nach Aufhören des Kriegsausandes Dinge verübt worden sind, für die es einfach keine Entschuldigung gibt."

Das neue Versorgungsgesetz.

tu. Berlin, 19. Febr.

Das neue Versorgungsgesetz für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bringt eine Vereinheitlichung der ganzen Bekämpfung. Die Unterschiede zwischen Offizier und Mannschaften fallen gänzlich fort. Auch der Unterschied zwischen Kriegsblindenbeschädigung und Friedensdienstbeschädigung wird verschwinden. Verpflichtet werden nur die Kenntnisse, die Fähigkeiten und Fertigkeiten des Beschädigten. Hierauf wird der Grundsatze der Erwerbstüchtigkeit bemessen. Für die Hinterbliebenen ist der Grundsatze aufgestellt, daß die erwerbstüchtigen Frauen und zu diesen sollen auch alle gerechnet werden, die Kinder haben, so feststellt werden, daß sie ihren Kindern erhalten bleiben und nicht gewünscht werden, einen Beruf nachzugeben. Für die Kriegsbeschädigten wird dann noch der Rechtsanspruch auf Erholung und orthopädische Hilfsmittel. Zwischen den einzelnen Organisationen besteht ein Unterschied in der Ausschaffung, ob für alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Einheitsrente gegeben werden soll oder ob man den Beruf, die Kenntnisse und die Fähigkeiten des Betreffenden mit einschlägt soll. Es scheint, als ob in dem Gesetz der leichtere Grundsatze zum Durchbruch kommen wird. Zu den Vergütern werden dann noch Dienst- und Lernerungsgüter treten, die dem Stand der Zeuerung angepaßt werden sollen.

Die schwierige Lage des sächsischen Zeitungsgewerbes.

Die behördliche Krise im deutschen Zeitungsgewerbe hatte die sächsischen Zeitungsverleger am Mitt-

woch in Dresden zu einer außerordentlichen Versammlung zusammengezogen.

Wie die Ausdrucke ergab stehen eine große Anzahl deutlicher Zeitungen, darunter Blätter von historischer Bedeutung, vor einer Katastrophe. Eine Anzahl von Zeitungen ist schon zusammengebrochen, weil es unmöglich geworden ist, die erzielbaren wirtschaftlichen Kosten bei den heutigen Zeitungen und Anzeigenpreisen zu ertragen. Die bisherige Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise steht in keinem Verhältnis zu der anhaltenden Steigerung aller Produktionskosten, die sich kaum noch in Prozenten ausdrücken läßt. Kein Gewerbe hat bisher das Publikum in so geringem Maße zur teilweisen Mittragung seiner Kosten herangezogen, wie die Zeitungen. Aber es geht ja nicht um ein Gewerbe, sondern um eine Einrichtung, ohne deren Bestehen und Aufrechterhaltung Wirtschaft und Ordnung in Deutschland zusammenbrechen müßten. In dieser schweren Krise hat sich die Versammlung der Zeitungsverleger zu nachstehendem Besluß gezwungen:

"Die vom Verein ländlicher Zeitungsverleger (V. Z.) einberufene außerordentliche Versammlung ländlicher Zeitungsverleger stellt fest, daß die noch immer stetig steigenden Betriebskosten aller Art schon seit Monaten eine Höhe erreicht haben, die sich nur durch eine erhebliche Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise erzielen läßt. Nach dem Stande der Dinge erfordert die schwierige Erhöhung der Bezugsgebühren um mindestens 50 Prozent und der Anzeigengebühren um 85 Prozent unvermeidlich. Wenn dadurch ein allgemeiner Rückgang der Ueberzahl eintritt und so der deutschen Preise die Lösung ihrer politischen und Kulturaufgaben erleichtert oder unmöglich gemacht wird, so trifft die Sache nicht die Zeitungsverleger, die sich zu den Erhöhungen nur gesteuert haben, um dem sonst sicherem Ruin zu entgehen, sondern die Regierungen, die nicht rechtzeitig erkannt haben, was das Gemeinwohl in dieser Sache fordert."

Ferner wurde folgendes Schreiben an den Ministerpräsidenten Dr. Grabauer gerichtet:

Die Demobilisierungskommissionen bestrebt, deren Beauftragte haben vor Läufen für die Kreishauptmannschaften Dresden, Chemnitz und Bautzen eine in das Wirtschaftsleben tief einwirkende Verordnung erlassen. Durch diese Verordnung wird die Veröffentlichung von Steuern, Posten, Gewerbe- und Handelslizenzen in den Tages- und Fachzeitschriften verboten. Durch die Beauftragten der Zeitungsverleger ist ebenso wie durch die Handelskammer und Industriellenverbände rechtzeitig darauf hingewiesen worden, daß diese Verordnung erfahrungsgemäß dem damit beabsichtigten Zweck nicht im geringsten dient, wohl aber Handel und Mandel, Arbeitnehmer und Arbeitgeber unabsehbaren Schaden zufügt. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß nicht zuletzt auf Drängen der Arbeitnehmer diese verfehlte Maßregel, wo sie anderwärts getroffen worden war, wieder abgelehnt worden ist. Vor kurzem ist in Wittenberg bei der Abhaltung der Landesverbände u. v. den Arbeitnehmern mit eingehender Begründung festgestellt worden, welchen Schaden die Verordnung angerichtet hat, und daß die öffentlichen Arbeitsnachweise gar nicht in der Lage seien, die aus historischer Entwicklung hervorgegangene Organisation und Leistung der Tages- und Fachzeitschriften auf diesem Gebiete zu erleben.

Zum Bestreben der ländlichen Zeitungsverleger hat sich die sächsische Staatsregierung wieder mit diesen bedrohten Vorgängen, noch mit den vielfältigen Warnungen der wirtschaftsfähigen berufenen Vertreter des Handels und der Industrie in Sachsen befaßt. Der Sächsische Staatsregierung ist die bedrohliche Notlage der Zeitungen bekannt. Sie weiß auch, daß die deutsche Presse für sich keine Begünstigung will. Wohl aber können wir verlangen, daß die Presse vor willkürlichen Verordnungen einzelner Regierungsstellen und besonderen Schätzungen gehoben wird. Nicht zuletzt im öffentlichen Interesse, dem die Presse dienst, und für das ihr Bestehen nie nötiger war, als heute. Es kommt hinzu, daß diese andernorts längst aufgegebene Verordnung ungeeignet ist, wie bereits ausführlich durch namhafte Juristen festgestellt wurde. Die Verordnung verletzt das Grundgesetz, wie das der Pressefreiheit und Freiheitigkeit. Deshalb haben die ländlichen Zeitungen aller Artungen und Parteien es ehmatisch abgelehnt, der ungleichen Verordnung Folge zu leisten. Der Verein ländlicher Zeitungsverleger sieht sich aber veranlaßt, daß bringende Gründen an die Staatsregierung zu richten, dieien unvorstellbaren Zustand mit samt der Verordnung zu befehligen. Er erwartet von der Staatsregierung, daß Verordnungen nachgeordneter Kommissionen nicht weiter ohne Prüfung der Regierung und Anhörung der Sachverständigen durch die Regierung erfolgen.

Sechs Stube und Kammer in Rothelegge in Gröda, Rieba, Weida ob. Werdorf für sofort oder später zu mieten oder zu mieten gesucht.

Gef. Angeb. an Roberta, Gröda, Allee 19, D.

Junger Kaufmann sucht

gutmühl. Zimmer

etw. auch zwei. Offeren unter L N 4886 an das Tagbl. Rieba.

Bef. 1. musikal. Herr kann

mühl. Zimmer

mit Familienanschluß erhält.

Wo sagt das Tageblatt Rieba.

Bürobeamter sucht besseres

mühl. Zimmer

für sofort oder 1. März.

Offeren unter J N 4884 an das Tageblatt Rieba.

Schlafstelle frei

Niederlegau, 8.

für alleinklebenden Herrn,

40-50 Jahre.

Schlafstelle frei.

zu erste. im Tageblatt Rieba.

Bauernflügel, sauberes

weites Mädchen

in größerem Haushalt zum

1. 3. gehabt. Meldungen

mit Beweisen und Wohn-

anprüchen an.

Stadt Dr. Michelmann,

Bauhammer, Brod. Sachsen.

Mädchen sucht 1. 3. für

einige Std. dorm. ob. nachm.

Aufwartung.

Offeren unter P N 4881 an das Tageblatt Rieba.

zu dem Tageblatt Rieba.

6000 Mark

sind sofort oder später auf

1. Oppojet gegen möglichen

Bundsch auszulegen. Preis

belieben. Vdr. unt. C N 4886 im Tagbl. Rieba niedergeschrieben.

ehrliches, fleißiges

Mädchen

für Haushalt sofort oder

1. 3. gehabt. Gute Veran-

talung. Rundfot. u. Gatt.

Johannes Bierbold, Oberau,

Bromenode 14.

ehrliches, williges

Ostermädchen

in leichter Stellung aus Dank

gesucht. Off. unt. 6 N 4883 an das Tageblatt Rieba.

Suche für fleißiges, ordent-

liches und kinderliebes Mäd-

chen, welches Eltern die

Schule verläßt, Stellung als

Kindermädchen.

Gut bevorzugt.

Anfragen erbeten unter

2 N 4885 an das Tagbl. Rieba.

Suche für fleißiges, ordent-

liches und kinderliebes Mäd-

chen, welches eine Rockenklei-

se hat und sich in der Nähe

noch weiter ausbilden will,

wird unter günstigen Be-

dingungen baldmöglichst ein-

gestellt. Anfangsgehalt 50 M.

Gutertraff. Rieba sofort u.

Off. unter P N 4881

an das Tageblatt Rieba.

Gutertraff. Rieba sofort u.

Off. unter P N 4881

an das Tageblatt Rieba.

Gutertraff. Rieba sofort u.

Off. unter P N 4881

an das Tageblatt R